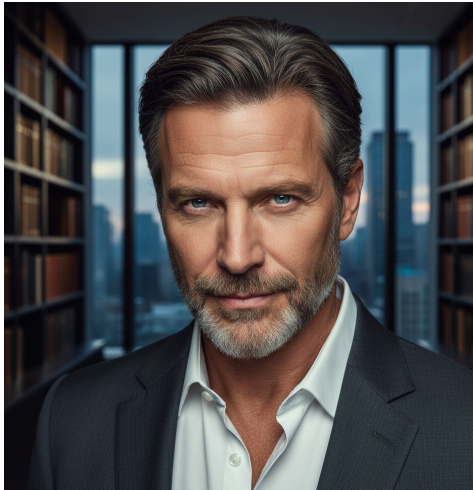


Vom stillen Neujahr in Südostasien und dem Staatsversagen in Berlin

Von Falk Richter PhD



Während auf den Philippinen die Feiertage ruhig, familiär und beinahe altmodisch begangen wurden, zeigte sich in **Berlin** das Gegenteil: Eskalation, Kontrollverlust, offene Verachtung staatlicher Autorität. Der Vergleich ist unbequem – aber er ist aufschlussreich. Hier, in einer stark gemeinschaftlich geprägten Gesellschaft, gelten klare soziale Regeln. Öffentliche Gewalt wird nicht toleriert, Störungen nicht romantisiert, Grenzüberschreitungen nicht entschuldigt. Wer die Ordnung angreift, stellt sich gegen die eigene Gemeinschaft – und spürt unmittelbare soziale wie staatliche Konsequenzen.

Das Ergebnis ist kein Paradies, sondern funktionierende **Normalität**.

Berlin dagegen bot zum Jahreswechsel ein vertrautes Bild: gezielte Angriffe auf Polizei und Feuerwehr, Pyrotechnik als Waffe, Hinterhalte, Brandstiftungen. Keine spontane Ausgelassenheit, sondern **ritualisierte Gewalt**. Diese Rituale sind das Ergebnis jahrelanger politischer Nachlässigkeit.

Fallbeispiel Berlin: Wenn der Staat nur noch reagiert

Die Berliner Einsatzberichte sprechen eine klare Sprache: Hunderte Festnahmen, tausende Einsätze, zahlreiche verletzte Einsatzkräfte. Entscheidend ist nicht die nackte Zahl, sondern das Muster. Gewalt konzentriert sich räumlich, zeitlich und sozial. Sie ist erwartbar – und damit vermeidbar. Dass sie dennoch eintritt, ist kein Zufall, sondern **politisches Versagen**.

Seit Jahren werden dieselben Warnungen ignoriert: mangelnde Abschreckung, inkonsequente Strafverfolgung, eine Justiz, die überlastet ist, und eine Politik, die Konflikte lieber sprachlich entschärft, als sie praktisch löst. Wer Ordnung nur noch moderiert, statt sie durchzusetzen, verliert sie.

„Kalkutta in Berlin“ – eine unbequeme Diagnose

Der verstorbene Journalist **Peter Scholl-Latour** brachte diese Entwicklung bereits vor Jahren in eine Formel, die bis heute provoziert – gerade weil sie so klar ist:

„Wer halb Kalkutta aufnimmt, hilft nicht etwa Kalkutta, sondern wird selbst zu Kalkutta.“

Scholl-Latour sprach nicht über individuelle Armut und auch nicht über Einzelschicksale. Er sprach über **staatliche Überforderung**, über **unkontrollierte Migration**, über den Verlust gemeinsamer Maßstäbe und über Gesellschaften, die mehr aufnehmen, als sie integrieren können. Seine Aussage zielte nicht auf Moral, sondern auf **Struktur**. Nicht auf Mitleid, sondern auf **Folgen**.

Genau diese Folgen sind heute sichtbar – nicht abstrakt, sondern konkret. In Berlin, in der Silvesternacht, auf offener Straße. Gewalt entsteht hier nicht aus sozialer Bedürftigkeit allein, sondern aus einer Mischung aus fehlender Integration, mangelnder Durchsetzung staatlicher Regeln und einer politischen Klasse, die Konflikte lieber rhetorisch entschärft, als sie praktisch zu lösen. Wer das als „überzogen“ abtut, verweigert sich der Realität.

Scholl-Latours Satz ist deshalb kein Ausrutscher, sondern eine Warnung. Und wie so oft bei unbequemen Warnungen wurde er nicht widerlegt – sondern ignoriert.

Politisches Versagen mit System

Die Verantwortung liegt **nicht** bei der Polizei. Sie liegt bei den Regierungen der letzten Jahre, die Sicherheit zur Kommunikationsaufgabe degradiert haben. Ordnungspolitik wurde moralisiert, nicht organisiert. Wer Probleme benennt, gilt als „spaltend“, wer sie beschönigt, als „verantwortungsvoll“. Das Ergebnis ist eine **Erosion staatlicher Autorität**.

Hinzu kommt der Vertrauensverlust durch parteipolitische Skandale. Auch die **CDU** ist zuletzt erneut von Affären erschüttert worden. Der Punkt ist nicht parteitaktisch, sondern grundsätzlich: **Wer Glaubwürdigkeit verspielt, kann Ordnung schwerlich einfordern**.

Was der Amtseid wirklich bedeutet

Gerade deshalb lohnt der nüchterne Blick auf den Amtseid der Bundespolizei. Er verpflichtet auf **Recht und Gesetz**, nicht auf politische Loyalität. Polizisten sind **keine Ersatzstaatsanwälte** und **keine politischen Akteure**. Sie schützen Versammlungen, sichern Einsätze, vollziehen Recht – und sind dabei an Verhältnismäßigkeit gebunden. Die Frage ist also nicht, warum die Polizei „die Regierenden schützt“, sondern **warum die Politik sie seit Jahren in Lagen schickt, die politisch erzeugt wurden**.

Der internationale Vergleich – und die Lehre daraus

Der Blick nach Südostasien zeigt: Gesellschaften mit **klaren Normen**, **sozialer Kohäsion** und **konsequenter Durchsetzung** erleben solche Eskalationen nicht. Minderheiten existieren, aber sie **dominieren den öffentlichen Raum nicht**. Konflikte werden eingeeht, nicht ausgestellt. Das ist kein Zufall, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen.

Europa – und Deutschland im Besonderen – hat sich angewöhnt, Ordnung als potenziell anstößig zu behandeln. Doch Ordnung ist kein moralischer Makel. Sie ist die Voraussetzung für Freiheit. Wer sie relativiert, verliert beides.

Neujahr ohne Beschönigung

Ein Neujahrsgruß darf ehrlich sein. 2026 beginnt nicht mit Optimismus, sondern mit einer Entscheidung: weiter verharmlosen – oder handeln. Sicherheit ist keine Gesinnungsfrage, sondern eine **staatliche Kernaufgabe**. Wer sie nicht erfüllt, muss sich politisch verantworten. Nicht symbolisch, sondern konkret.